

Zwischen Bettelei und Brauchtum Heischegänge zum Neujahrsfest in Kurhessen*

NIKLOT KLÜSENDORF

Koppelkaute 2, D-35287 Amöneburg

Die Inspiration zu diesem Thema steht im Kontext des Jubiläumsjahrs der BWG, zu deren Gründergeneration Wilhelm Jesse (1887–1971) gehörte, dem sich der Vortragende inhaltlich besonders verbunden fühlt. Dies rührt gleichermaßen aus der Verknüpfung mit der Volkskunde, die viele Numismatiker mit einem Hamburger Hintergrund pflegten, wie aus der Tradition der Lehre in Numismatik und Geldgeschichte an der Archivschule Marburg.

In der Frühneuzeit pflegten viele Territorien durch spezielle Armen- und Bettelordnungen das Betteln stark zu reglementieren. Vor allem ging es darum, auswärtige Bettler fernzuhalten, karitative Sammlungen in die richtigen Kanäle zu leiten, etwa durch öffentliche Sammelbüchsen, fallweise Genehmigungen und Einbeziehung der Kirchen in die Armenpflege. Einzelne Städte in der Landgrafschaft Hessen-Kassel erhielten sogar eigene Ordnungen, so Schmalkalden am 29. Mai 1767 und die Residenzstadt Kassel am 6. August 1773. Hiernach war Straßen- und Hausbettelei verboten, das Unterstützungswesen für wirklich Bedürftige geregelt. Verstöße wurden mit Sanktionen bis zur Haft geahndet, Fremden drohte die Landesverweisung. Neben der vorrangig im Visier der Beamten stehenden Gassenbettelei gab es weitere Formen des Bettelns, so durch fechtende Studenten, Handwerksgesellen auf Wanderschaft, Hausierer mit Angeboten belangloser Waren sowie durch Abgesandte aus abgebrannten Dörfern, die man fallweise mit speziellen Lizenzen für den Wiederaufbau kollektieren ließ. Spätestens, wenn die Zahl der mit irgendeinem Anliegen von Haus zu Haus Gehenden zunahm, rief dies die Ordnungskräfte auf den Plan.

Mit den „Maßregeln der Sicherheitspolizei, zur Kontrolle von Erwerbs- und Heimatlosen und ähnlichen Verdächtigen sowie von Reisenden und Fremden“ vom 29. November 1823 verstärkte das nunmehrige Kurfürstentum Hessen den Kampf gegen die Bettelei. Im Land war bereits die Fürsorge für den Unterhalt von wandernden Handwerksgesellen eine berufsständische Angelegenheit. Daher oblag den örtlichen Meistern Mitsorge, wenn sie keine Arbeit für Vorsprechende hatten. Letzteren war also das Betteln untersagt. Wer an seinem Heimatort bettelte,

* Kurzfassung des Vortrags, der am 11.04.2014 in der Klasse für Geisteswissenschaften der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten wurde.

riskierte eine Strafe, die bereits bei der zweiten Wiederholung mit Einweisung in ein Zwangsarbeitshaus drohte. Schärfer wurde auf das Betteln von Auswärtigen und Ausländern reagiert, das als Landstreicherei galt (Begriff in anderen Territorien: *Vagabundieren*). Im Verkehr mit den Nachbarstaaten kam es auf diesem Gebiet bisweilen zu drastischen Maßnahmen: Im Hungerjahr 1847 wurden allein in Sachsen-Gotha 100 bettelnde Personen aus kurhessischen Notstandsgebieten verhaftet und ausgewiesen, drei bis vier Tage von Behörde zu Behörde verschoben und im eigenen Land gerichtlich abgeurteilt. Die Maßregeln gaben auch die Möglichkeit körperlicher Züchtigung. Dies präzisierte noch nach der Revolution von 1848 das Gesetz vom 4. August 1853: An die Stelle von Freiheitsstrafen „für Diebstahl, Landstreicherei oder Betteln“ bis zu sechs Wochen Gefängnis bzw. bis zu vier Wochen Zwangsarbeit konnte Züchtigung treten – maximal mit vierzig Streichen.

Die Maßregeln blieben über das Ende des Kurstaats (1866) hinaus in Kraft, und zwar bis 1871. In den 1821 gebildeten vier Provinzen wurden sie unterschiedlich umgesetzt. So wurden 1825 in Niederhessen 61 Bettler, in Hanau 22, in Fulda drei und in Oberhessen nur einer gestellt. Zu einheitlichen Ausführungsbestimmungen kam es nicht einmal, als das Innenministerium 1843/44 aus mehreren Provinzen wegen des missliebig werdenden Neujahrsbettels eingeschaltet wurde.

Das Überbringen von Festtagsglückwünschen, für die ein kleines Geschenk oder ein Trinkgeld gewährt wurde, galt vielerorts als legitime Übung von Dienstleistenden. Reste dieser Praxis sind noch heute festzustellen. Mit dem Begriff „Heischebrauch“ für solche oft seit Generationen ausgeübten Umgänge grenzt die Volkskunde diese von der ordnungswidrigen Bettelei ab. Auch wenn der Umgang heischender Gratulanten gerade zu Neujahr dem Herkommen entsprach, erregte ihr massenhaftes Erscheinen leicht Unwillen. Denn zwischen akzeptierte Personen wie die als Glücksbringer geltenden Schornsteinfeger drängten sich oft weitere Leute zum Gratulieren. Mit dreistem Auftreten kamen Überbringer unerbetener Neujahrswünsche leicht in den Ruf des strafwürdigen Bettels. Zudem minderten sie das Ansehen und die Chancen der traditionellen Umgänger. Wenn Gratulanten statt eines Geschenks oder neben demselben Alkohol gereicht wurde, dürften die Umgänge zunehmend lustiger und lauter geworden sein. Dies nahm die Obrigkeit vor dem Jahreswechsel oft zum Anlass, Bettelverbote in die Amtsblätter zu setzen. Auch die Vorsprache von Kunden bei Gewerbetreibenden, ob persönlich oder durch vorgeschickte Kinder, um Neujahrsgaben zu erlangen, stand als *verkappte Bettelei* unter Strafandrohung – sogar gegenüber Kaufleuten, die mit ihren Kunden großzügig umgehen wollten.

Ärger erregten zuweilen Postillions, die in Dienstkleidung durch ihren Bezirk ritten und bis in den Februar mit Hornsignalen das Neue Jahr *anbliesen*, so 1836 im oberhessischen Frankenberg. Als man Anfang 1840 in der Stadt Schmalkalden 23 Neujahrsgatulanten zählte, war das Maß voll. Dies waren zwei evangelische

und zwei reformierte Herren-Schüler, ein Nachtwächter, vier Weihnachtswächter, vier Glockenläuter, ein Orgel-Balgtreter, ein Feldhüter, zwei Postillions, diese zu Pferde und blasend, sowie acht Musikanten, die in den Häusern Musikstücke zu spielen anboten. Eine Beschwerde über dreiste Glockenläuter veranlasste den Landrat, Kontakt mit den Bürgermeistern der Stadt und der eingepfarrten Dörfer aufzunehmen, um die Neujahrsbettelei zu beseitigen. Dabei unterschied er nicht zwischen regelrechtem Betteln und den herkömmlichen Umgängen.

Der Denkprozess in dieser Sache war in den vier Provinzen ebenso unterschiedlich wie die Ordnungsvorstellungen der Kreis- bzw. Landräte, von denen manche jeglichen Übermut zu Neujahr mit Verboten belegten. So drohte Gemeinden, in denen der Jahreswechsel mit Freudenschüssen begrüßt wurde, ein ganzjähriges Verbot von Tanzlustbarkeiten und der Kirmes. Es erschienen Warnungen vor Alkoholmissbrauch, gegen Neujahrsbettler wurden Patrouillen entsandt, und selbst Anträge von Berufsmusikern auf Erlaubnis zum Aufspielen wurden abgelehnt. Derartige Maßnahmen waren keine Besonderheit von Kurhessen, das uns hier als Exempel eines Flächenstaats mit guter Quellenlage dient. Paralleles Vorgehen gegen das Neujahrsbetteln lässt sich etwa aus Nürnberg (1827), Augsburg (1830) und Hessen-Homburg (1834) anführen.

Bald nach Erlass der Maßregeln von 1823 erschienen erste Erläuterungen zu den in dem Regelwerk gar nicht erwähnten Neujahrsbräuchen, die viele Kontroversen auslösten. Örtliche Verfügungen der Behörden erschienen unterhalb der Gesetzblätter in den Zeitungen, namentlich den Wochenblättern der vier Provinzen und den Verkündungsorganen der Exklaven. Dies begann in Schmalkalden, wo ein rigider Kreisrat das Sagen hatte, der schon 1822 das Ziel erklärt hatte, im Kreis das Betteln völlig zu beseitigen. Bei den unterschiedlichen Lösungsansätzen in Bezug auf die Neujahrsbettelei war fast immer die Abwägung zwischen Eingriffen der Ordnungskräfte und Toleranz geboten. Lassen wir die Beispiele aus kurhessischen Behörden Revue passieren, stellt sich Folgendes heraus:

- Bettelei war, wie in den meisten anderen Staaten im Deutschen Bund, ein mit Polizeistrafe von Züchtigung bis zu Haft und Arbeitshaus bedrohtes Delikt. Heischende Neujahrsgratulanten riskierten die Bestrafung.
- Neujahrsgaben anderer Art, etwa in der Beziehung zwischen Kaufleuten und Kunden, liefen Gefahr, in den Zusammenhang der Bettelei gestellt zu werden.
- Umgänge, deren Ertrag als Teil der Besoldung galten, wurden fallweise von der Anwendung der Bettelbestimmungen ausgenommen.
- Verbote solcher herkömmlichen Umgänge griffen in soziale Besitzstände und zogen die Forderung nach finanzieller Abgeltung nach sich.
- Die Bereitschaft zum Geben von Neujahrsgeschenken konnte kanalisiert werden, indem man die milden Gaben in einen Almosenkasten umlenkte.

Frühe Verbote wurden bereits 1822 in Fulda gegen Flurschützen und Nachtwächter verhängt, in einem Zuge mit der Abschaffung der traditionellen Vorsprache für eine Gabe zum Fastnachtsbraten. Zum Ersatz bewilligte man den Betroffenen eine kleine Zahlung aus der Stadtkasse. Neujahrsgaben der Bürger wurden bald komplett in die örtliche Armenkasse umgeleitet, eine Lösung, die später auch in Hünfeld erfolgte. Verbote erschienen in Schmalkalden, 1823 noch abgemildert, 1825/26 wieder verschärft, dann versuchsweise 1840/41. In Kassel gab es in manchen Jahren pauschale Verbote, so 1843/44, in anderen wieder nicht. In Hanau setzten die jährlichen Verbote 1836 ein, in Marburg versuchte man sich an einem solchen 1844.

Toleranzregelungen für Umgänge erschienen in Schmalkalden 1823, erneut 1826, diesmal nicht vom Kreisrat unterschrieben, der zur gleichen Zeit ein Verbot verhängte und für Spenden an die Armenkasse warb, sondern von dessen Vertreter. Ende 1841 wurde die Toleranz bis auf Weiteres erneuert, nachdem ein neuer Landrat vergebens die Abschaffung betrieben hatte. In Hanau wurden jährliche Verfügungen zugunsten legitimer Umgänger von 1824 bis zu dem erwähnten Verbot erlassen, in Marburg zuerst 1825, in Kassel in den meisten Jahren von 1833 bis 1846. Nach einem erfolglosen Verbot in Marburg im Frühjahr 1844 ging man im gleichen Jahr dazu über, in Abstimmung mit dem Innenministerium eine Liste berechtigter Umgänger, damals 18 Personen, zu veröffentlichen. Diesen blieben die Einnahmen aus den Umgängen als Teil ihrer Besoldung, künftigen Funktionsträgern aber nicht. Als 1864 eine Kirchengemeinde neues Personal bestellte und ihm aus Versehen den Umgang zubilligte, war wieder eine Ausnahme fällig. Oft erwähnten die Toleranzregelungen, Berechtigte könnten sich durch einen Dispens legitimieren. Alle anderen Personen seien als Bettler zu behandeln. Die Wechsel zwischen teilweiser Duldung und Verboten waren für das Polizeipersonal oft ebensowenig zu durchschauen wie für die Umgänger.

Wurde ein Umgang durch einen Festbetrag abgefunden, galt er als endgültig beseitigt. Alle, welche die alte Praxis fortführten, traf die volle Härte der Bestimmungen. Auch hiervor wurde öffentlich gewarnt. Das Problem bei angestrebten Ablösungen war oft, dass keine kommunale oder kirchliche Kasse das Geld aufbringen konnte. Daher blieben die Umgänge vor Ort erst einmal erhalten. Das prägnanteste Beispiel liefert Schmalkalden. Dort lehnten 1840 bei Überprüfung der Rechte der Glockenläuter alle in Betracht kommenden Kassen ab, Mittel zur Ablösung zu stellen. Der Landrat stand am Ende allein gegen die Voten der Bürgermeister und der Mitglieder der Polizeikommission mit Einschluss des Landrichters, die den Brauch aus Gründen der Billigkeit erhalten wollten. Denn die Umgänger wurden aus der Stadtkasse nur symbolisch honoriert, hinzu kamen Akzidentien aus kirchlichen Amtsandlungen. Die Betroffenen verteidigten ihr im späten 16. Jahrhundert wurzelndes Recht. Der Streit, entzündet an 2 Groschen Trinkgeld für vier Glockenläuter, zeigt, dass der Umgang in dem großen Bezirk von Stadt und Umlandgemeinden für jeden rund 20 Taler im Jahr wert war. Seit

Ende 1841 blieb Turm- und Nachtwächtern, Glockenläutern und dem Balgtreter zu Neujahr das Recht zum Sammeln *freiwilliger* Gaben, ferner Feldhütern und Hirten bei ihren Auftraggebern. Die Postillions und der Stadtmusikant schieden wegen ihrer gegenüber der umfassenden Ortsregelung von 1823 verbesserten Bezüge aus dem Kreis der Umgänger aus.

Zahlreiche lokale Verfügungen gegen Bettelei, die oft Neujahrsumgänger mitbetrafen, zeigen, dass in Kurhessen die Heischegänge weit verbreitet waren. Nach seiner über Generationen tradierten Ausübung war das Gratulieren zu Neujahr keine Bettelei, sondern ein Besitzstand von Inhabern kirchlicher und kommunaler Nebenämter, der kaum zu beseitigen war. Die Berechtigten gerieten nur in Verruf, wenn sie zu dreist forderten oder wenn Unbefugte sich in den Brauch drängten. Die Bestimmungen zur Abschaffung zeigen mitsamt den nötig werdenden Wiederholungen, dass Umgänge nicht einfach wegbefohlen werden konnten, sondern als Gewohnheit lange erhalten blieben, bis sie, zum Teil erst in preußischer Zeit, abgelöst wurden (so in Marburg und in Schmalkalden).

Der Kern der Umgänge war die soziale und wirtschaftliche Anerkennung von meist im Jahreslauf geleisteten Diensten. Drohte diese Anerkennung zu entfallen, kam es zwangsläufig zu Konflikten mit der Rechtsordnung, bis der Brauch beseitigt war. Doch ging dies fast nur mit Verfahren, die einen Ausgleich für das Geleistete über pauschale Entlohnung schufen.

Die Informationen zur Praxis der Neujahrsumgänge und zu anderen im Visier der Ordnungshüter stehenden Neujahrssitten bereichern die historische Volkskunde für das 19. Jahrhundert, besonders aber die rechtliche Volkskunde, das Gebiet an der Grenze zwischen Brauchtum und Recht. Zu den Eigenheiten solcher Thematik gehört zwangsläufig, dass die besten Quellen zu legitimen Umgängen fast immer im Zusammenhang von Maßnahmen gegen vermeintliche Missbräuche stehen.

Weiterführende Hinweise: Der Vortrag steht in einer Projektreihe zur Armenfürsorge, deren erste Ergebnisse in den Hessischen Bll. für Volks- und Kulturforschung, N. F., Bde. 49/50 (2014/15), den Eschweiger Geschichtsbll. 25 (2014) und in der Zs. für Thüringische Geschichte 69 (2015) erscheinen. Von Einzelbelegen aus meist ungedruckten Quellen war hier abzusehen. Grundlage sind die Akten mehrerer Verwaltungsebenen im Hessischen Staatsarchiv Marburg und im Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, die Gesetzesammlungen, die Wochenblätter der vier Provinzen ab 1821 und der Schmalkalder Anzeiger. Schrifttum: R.W. BREDNICH, Grundriß der Volkskunde, Berlin ³2001; P. SARTORI, Sitte und Brauch, Bd. 3: Zeiten und Feste des Jahres (Handbücher zur Volkskunde, Bd. VII/VIII), Leipzig 1914; R. JÜTTE, Disziplinierungsmechanismen in der städtischen Armenfürsorge der Frühneuzeit, in: Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung. Beiträge zu einer historischen Theorie der Sozialpolitik, hg. von C. SACHSSE und F. TENNSTEDT (Edition Suhrkamp 1323), Frankfurt a. M. 1986, S. 101–118; C. SACHSSE und F. TENNSTEDT, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart ²1988; W. SPEITKAMP, Der Rest ist für Sie! Kleine Geschichte des Trinkgeldes (Reclam Taschenbuch 20170), Stuttgart 2008.